



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Jürgen Mistol, Ursula Sowa, Benjamin Adjei, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Mia Goller, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Martin Stümpfig, Laura Weber** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Baustelle digitaler Bauantrag: das kann die Landesebene verbessern – Digitale Baugenehmigungen einfach, unbürokratisch und allgemein zugänglich gestalten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- die bestehenden digitalen Bauantragsverfahren im BayernPortal zu einem intelligenten Pre-Check weiterzuentwickeln, der Antragstellende bereits vor Einreichung bei der Prüfung auf Vollständigkeit, formale Plausibilität und offenkundig fehlende Unterlagen unterstützt,
- hierfür regelbasierte, KI-gestützte und perspektivisch auch LLM-basierte Verfahren zu prüfen und in geeigneten Pilotprojekten zu erproben, wobei rechtsverbindliche Entscheidungen weiterhin ausschließlich durch die zuständigen Behörden getroffen werden,
- die rechtlichen, technischen und organisatorischen Voraussetzungen für einen offenen, diskriminierungsfreien und maschinenlesbaren Zugang zu den relevanten Geodaten und planungsrechtlichen Zoning-Daten zu schaffen,
- bestehende Geodatenangebote des Freistaates, insbesondere BayernAtlas, Geportal Bayern, ALKIS-Dienste und weitere Geodatendienste, daraufhin zu überprüfen, ob sie für automatisierte Auswertungen in digitalen Bauverfahren ausreichend vollständig, aktuell, dokumentiert, georeferenziert, maschinenlesbar, lizenzrechtlich nutzbar und über standardisierte Schnittstellen abrufbar sind,
- sicherzustellen, dass Datenformate und Darstellungsformen automatisierte Weiterverarbeitung nicht unnötig erschweren, sondern dem Open-Data-Grundsatz, anerkannten Geodatenstandards und den Anforderungen moderner Fachverfahren entsprechen,
- eine landesseitig organisierte, unabhängige Feedback- und Beteiligungsstruktur für kommunale Bauverwaltungen einzurichten, insbesondere durch regelmäßige vom Land moderierte Praxis- und Feedbackrunden, eines strukturierten Issue-Trackings für Fachverfahrens- und Schnittstellenprobleme sowie eine zentrale Plattform zur Einbringung von Verbesserungsvorschlägen durch Praktikerinnen und Praktiker,
- die Abhängigkeit von einzelnen Softwareanbietern im Bereich der Bauantragsverfahren zu reduzieren, insbesondere durch offene Schnittstellen, modulare Architekturen, transparente Dokumentation und interoperable Lösungen auf Basis von Standards wie XBau, XPlanung und weiteren einschlägigen Geodatenstandards,
- die Entwicklung und den Einsatz quelloffener, datenschutzkonformer und on-premise betreibbarer Software- und KI-Lösungen im Bauverwaltungsbereich aktiv zu fördern,

- einen rechtlichen und organisatorischen Rahmen für die Entwicklung digitaler Werkzeuge durch Kommunen, interkommunale Kooperationen und staatlich-kommunale Pilotprojekte zu schaffen, um praxistaugliche Lösungen schneller testen, nachnutzen und skalieren zu können.

Begründung:

Die Dauer von Baugenehmigungsverfahren stellt einen zentralen Engpass für die Schaffung von Wohnraum und die Umsetzung von Bauvorhaben in Bayern dar. Digitale Lösungen bieten erhebliche Potenziale zur Beschleunigung, werden jedoch bislang nicht konsequent ausgeschöpft.

Aktuelle Erkenntnisse aus der Verwaltungspraxis und wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass der maßgebliche Hebel zur Verfahrensbeschleunigung weniger auf kommunaler Ebene liegt, sondern vor allem in landesseitig bereitgestellten Infrastrukturen, Standards und Datenzugängen. Kommunen können ihre Verfahren nur insoweit effizient gestalten, wie ihnen geeignete digitale Werkzeuge und qualitativ hochwertige Daten zur Verfügung stehen.

Insbesondere fehlt es an einer vorgelagerten, digitalen Vollständigkeitsprüfung von Bauanträgen. KI-gestützte Systeme können bereits heute zuverlässig prüfen, ob Anträge formal vollständig sind und offensichtliche Inkonsistenzen enthalten. Eine solche Pre-Check-Funktion im BayernPortal würde sowohl Antragstellende als auch Bauämter erheblich entlasten und Rückläufe reduzieren.

Ein weiterer zentraler Engpass besteht im eingeschränkten Zugang zu Geodaten und planungsrechtlichen Informationen. Derzeit sind relevante Daten – etwa zu Flurstücken und planungsrechtlichen Festsetzungen – nur eingeschränkt zugänglich, nicht durchgängig maschinenlesbar oder mit lizenzrechtlichen bzw. wirtschaftlichen Zugangsbarrieren versehen. Diese Strukturen stehen einer breiten Nutzung für digitale Anwendungen entgegen und erschweren Innovationen, etwa die Entwicklung automatisierter Prüfwerkzeuge im Bauordnungsrecht.

Zudem bestehen Hinweise auf strukturelle Defizite in der Steuerung und Weiterentwicklung der eingesetzten Fachsoftware. Kommunale Anwenderinnen und Anwender berichten von unzureichenden Rückkopplungsmechanismen zur Landesebene sowie einer starken Abhängigkeit von einzelnen Softwareanbietern. Feedbackprozesse werden derzeit maßgeblich durch Anbieter organisiert, was zu Interessenkonflikten und hohen Kosten für Erweiterungen führen kann.

Gleichzeitig eröffnen standardisierte Datenformate (XBau und XPlanung) sowie moderne Entwicklungswerkzeuge neue Möglichkeiten für die Entwicklung eigener, passgenauer Lösungen – auch auf kommunaler Ebene. Diese Potenziale bleiben bislang weitgehend ungenutzt, da ein unterstützender rechtlicher und organisatorischer Rahmen fehlt.

Durch offene Daten, standardisierte Schnittstellen, KI-gestützte Vorprüfungen und eine verbesserte Governance kann das Baugenehmigungsverfahren in Bayern spürbar beschleunigt, kosteneffizienter gestaltet und resilienter gegenüber Abhängigkeiten von einzelnen Anbietern gemacht werden.